

Inhaltsverzeichnis

Schrifttum	XIX
1. Teil: Einführung	1
§ 1: Die Straftat	1
I. Die Formaldefinition der "Straftat"	1
1. Straftat und Strafgesetz	1
2. Rechtsfolgen der Straftat	3
3. Die verschiedenen Straftaten	5
II. Der sachliche Gehalt der "Straftat"	6
1. Strafrecht ist Schutzrecht	7
2. Herkunft und Bedeutung des Begriffs "Rechtsgut"	7
3. Konsequenzen für die Definition des Begriffs "Rechtsgut"	8
4. Konsequenzen aus der Definition des Begriffs "Rechtsgut"	11
5. Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit	12
6. Der Strafgrund (Problem der Legitimation der Strafe)	13
7. Die Strafzwecke (Problem der Ausgestaltung der Strafe)	17
8. Der Streit zwischen absoluten und relativen Straftheorien	18
III. Straftat und Strafrechtsordnung	20
IV. Gegenstand der Lehre von der Straftat	20
§ 2: Strafrecht und Strafrechtsdogmatik	21
I. Das Programm des Art. 103 Abs. 2 GG	21
1. Der Bestimmtheitsgrundsatz	21
2. Das Rückwirkungsverbot	22
3. Das Analogieverbot	24
4. Der Ausschluß des Gewohnheitsrechts	26
5. Zur Herkunft des Grundsatzes von der "Gesetzesbestimmtheit der Strafe"	26
II. Die Realisierung des Programms des Art. 103 Abs. 2 GG	27
1. Gesetzeswortlaut, Sachverhalt und Subsumtion	27
2. Die Grenze der bloßen Subsumtion	28
3. Rechtsanwendung und Auslegung	30
4. Die Technik der Auslegung	32

5. Auslegung und Analogie.....	35
6. Rechtsdogmatik als Verfahren der Rechtsanwendung und Rechtsfindung.....	36
III. Exkurs: Der Geltungsbereich des deutschen Strafrechts	39
1. Das Territorialitätsprinzip	39
2. Durchbrechungen des Grundsatzes.....	40
3. Inlandsbegriff und DDR	41
§ 3: Geschichte und Zukunft des Strafrechts.....	43
I. Zur Geschichte des Strafrechts	43
II. Die Zukunft des Strafrechts.....	45
1. Tendenz der Strafrechtsentwicklung	45
2. Praktische Versuche, die Strafe zu beseitigen.....	46
3. Die "défense sociale"	47
III. Materialien zum Nachdenken	47
§ 4: Einteilung der Straftaten.....	49
I. Verbrechen und Vergehen.....	49
II. Begehungs- und Unterlassungsdelikte.....	49
III. Erfolgs- und schlichte Tätigkeitsdelikte	50
IV. Verletzungs- und Gefährdungsdelikte.....	51
V. Zustands- und Dauerdelikte.....	51
VI. Allgemein begehbbare Delikte und Sonderdelikte.....	52
VII. Eigenhändige Delikte	52
2. Teil: Die Merkmale der Straftat.....	53
1. Kapitel: Der Unrechtstatbestand	53
1. Abschnitt: Begriffliche Klarstellung.....	53
§ 5: Die Lehre vom Tatbestand	53
I. Gesetzeswortlaut und Tatbestand.....	53
1. Ausgangspunkt.....	53
2. Feststellungen.....	53
3. Konsequenzen	54
II. Die verschiedenen Tatbestandsbegriffe.....	54
1. Der Gesetzestatbestand.....	54
2. Der Unrechtstatbestand	55
3. Der Gesamt- oder Garantietatbestand	57
4. Tatbestand als Synonym für Sachverhalt.....	57

III. Dogmatische Konsequenzen aus dem Verständnis des Tatbestandsbegriffs	58
1. Der sog. zweistufige Verbrechensaufbau	58
2. Der sog. dreistufige Verbrechensaufbau	58
3. Die Auflösung des Gegensatzes zwischen zwei- und dreistufigem Verbrechensaufbau	60
IV. Tatbestand und Handlungsbegriff	60
1. Die verschiedenen Handlungslehren und ihre Grenzen	61
2. Konsequenzen aus der Diskussion um die Handlungslehren	62
3. Zum Streitstand	63
2. Abschnitt: Das vorsätzliche Begehungsdelikt	65
§ 6: Die objektive Zurechnung eines Erfolges zur Person des Täters:	
Das "Risikoerhöhungsprinzip"	65
I. Einführung	65
II. Die objektive Zurechnung	66
1. Grundsätzliche Fragestellung	66
2. Grundlagen der objektiven Zurechnung eines Erfolges	67
3. Die einzelnen Elemente der objektiven Zurechnung	68
4. Das Prinzip der objektiven Zurechnung	74
5. Konsequenzen für die praktische Prüfung	74
6. Zur Einübung: Fallgruppe 1	75
7. Objektive Zurechnung in Lehre und Rechtsprechung	75
III. Sonderproblem: Der Grundsatz der Sozialadäquanz	77
§ 7: Die subjektiven Elemente des Tatbestandes	79
I. Die Unterscheidung zwischen vorsätzlichem und fahrlässigem Verhalten	79
II. Das sog. Wissenselement im Vorsatz: Kenntnis der Tatumstände und ihres sozialen Bedeutungsgehaltes	80
1. Wissen und Kenntnis der Tatumstände	80
2. Die einzelnen Elemente	80
3. Mitbewußtsein, Sprach- und Sachdenken, Erfassen von Ganzheiten	82
4. Besondere Konstellationen des Vorsatzes	87
III. Das sog. Willenselement im Vorsatz: Die Steuerung des Geschehens durch den Täter	89
1. Der Zusammenhang zwischen objektiver und subjektiver Zurechnung	89
2. Steuerung des Geschehens und Kenntnis der Tatumstände	91

3. Die Abgrenzung des <i>dolus eventualis</i> (bedingter Vorsatz) von der Fahrlässigkeit.....	91
IV. Der systematische Ort des Vorsatzes innerhalb des Ver- brechensaufbaus.....	96
1. Das Sachproblem.....	96
2. Der gegenwärtige Stand der Unrechtslehre	96
3. Stellungnahme.....	97
4. Ergebnis	100
V. Unrechtsbewußtsein als Element des Unrechtstatbestandes.....	101
1. Kenntnis des Tatbestandes und seines sozialen Bedeutungsgehaltes.....	101
2. Aktuelles Unrechtsbewußtsein	104
3. Ergebnis	105
4. Hinweis.....	105
VI. Besondere Problemstellungen innerhalb des Unrechtstat- bestandes.....	106
1. Sog. objektive Bedingungen der Strafbarkeit.....	106
2. Wesentliche und unwesentliche Abweichungen des Tat- geschehens.....	107
3. <i>Aberratio ictus</i> und <i>error in persona vel obiecto</i>	109
4. Der Gewohnheitstäter	111
5. Der Triebtäter.....	111
6. Die sog. Reflexhandlung.....	112
7. Die sog. Teilbarkeit des Unrechtsbewußtseins.....	113
VII. Konsequenzen für den Deliktsaufbau.....	113
§ 8: Pflichtbegrenzende Tatbestände - Rechtfertigungsgründe.....	115
I. Ausgangspunkt.....	115
1. Prämissen aus den Überlegungen zur objektiven Zurechnung	115
2. Der Tatbestand als Indiz für die Rechtswidrigkeit.....	116
3. Das Prinzip der Rechtfertigung und die einzelnen Rechtfertigungsgründe.....	116
4. Die einzelnen Rechtfertigungsgründe.....	118
II. Notwehr (Nothilfe), § 32 StGB.....	118
1. Die einzelnen Voraussetzungen	118
2. Das Problem der sozialethisch bedingten Einschränkung der Notwehr	127
III. Einwilligung	136
1. Die einzelnen Voraussetzungen	136

2. Der Ort der Einwilligung innerhalb des Verbrechensaufbaus: Einverständnis und Einwilligung.....	139
IV. Mutmaßliche Einwilligung, GoA, Handeln im Interesse des Verletzten	141
V. Zur Problematik weiterer vertypter Rechtfertigungsgründe	142
1. Erlaubte Selbsthilfe, §§ 229, 230 BGB	142
2. Bürgerlich-rechtliche Notstände	143
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB.....	144
4. Züchtigungsrecht	144
5. Vorläufige Festnahme, § 127 StPO.....	145
6. Rechtfertigung durch "erlaubtes Risiko"	146
7. Einhaltung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt.....	147
VI. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	147
VII. Rechtfertigender Notstand - Pflichtenkollision - rechtsfreier Raum.....	156
VIII. Unmittelbarer Rückgriff auf das Prinzip des Interessenvorrangs.....	159
1. Grenzen des § 34.....	159
2. Die Fälle vorgetauschter Gefahrenlage: die sog. vorgetauschte Notwehrlage.....	160
3. Interessenvorrang als allgemeines Rechtsprinzip.....	161
IX. Praktische Prüfungsfolge	162
X. Zum Musterfall 1	162
XI. Exkurs: Handlungs- und Erfolgsunwert im Strafrecht	165
3. Abschnitt: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt.....	167
§ 9: Das vorsätzliche Unterlassungsdelikt.....	167
I. Grundlagen der Haftung aus einem Unterlassungsdelikt.....	167
1. Bloßes Nichtstun ist noch kein Unterlassen im Rechtssinne	167
2. Die Unterscheidung zwischen Tun und Unterlassen.....	167
3. Die Handlungspflicht bei den echten Unterlassungsdelikten	170
4. Die Handlungspflicht bei den unechten Unterlassungsdelikten	171
5. Grundlinien einer allgemeinen Garantenlehre.....	180
II. Garantenpositionen aufgrund der Schutzfunktion für ein bestimmtes Rechtsgut.....	180
1. Garantenposition aus natürlicher Verbundenheit.....	180
2. Garantenposition aus Gefahrengemeinschaft.....	185

3. Garantenposition aus freiwilliger Übernahme von Schutzfunktionen.....	185
4. Überantwortung von Schutzfunktionen.....	189
III. Garantenpositionen aufgrund der Pflicht zur Überwachung einer Gefahrenquelle	190
1. Garantenposition aus gefährlichem, vorangegangenem Tun (Ingerenz).....	190
2. Garantenposition aus der Herrschaft über einen Gefahrenbereich.....	193
3. Garantenposition aus Innehabung eines rechtlich geschützten Herrschaftsbereichs.....	195
4. Garantenposition aus Verantwortung für fremdes Handeln.....	197
5. Hinweise.....	197
IV. Der Umfang der Garantenhaftung.....	198
1. Der Ansatz der h.M.....	198
2. Pflicht zu Gefahrenabwehr und Gefahrenminderung.....	198
V. Der Aufbau des unechten Unterlassungsdelikts und seine Konsequenzen.....	199
1. Am Risikoerhöhungsprinzip orientiertes Aufbauschema des vorsätzlichen Unterlassungsdelikts.....	199
2. Der Aufbau nach h.M.....	200
3. Konsequenzen	200
4. Abschnitt: Fahrlässiges und erfolgsqualifiziertes Delikt	204
§ 10: Das Fahrlässigkeitsdelikt.....	204
I. Die Erfolgszurechnung innerhalb der Fahrlässigkeitshaftung.....	204
1. Die objektive Zurechnung.....	204
2. Die subjektive Zurechnung.....	205
3. Die Vermeidungspflichtverletzung	206
4. Der Zusammenhang zwischen Vermeidungspflichtverletzung und Erfolg.....	207
5. Das subjektive Rechtfertigungselement im Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts.....	210
6. Das materielle Unrechtsbewußtsein.....	211
II. Der Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts	212
1. Am Risikoerhöhungsprinzip orientiertes Aufbauschema des fahrlässigen Begehungs- u. unechten Unterlassungsdelikts.....	212
2. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.).....	212

3. Das fahrlässige Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	213
III. Konsequenzen für einzelne Problemstellungen	213
§ 11: Das erfolgsqualifizierte Delikt	217
I. Der Aufbau des erfolgsqualifizierten Delikts	217
1. Die Struktur des erfolgsqualifizierten Delikts	217
2. Der Zusammenhang zwischen der Rechtsgutsverletzung des Grundtatbestandes und dem besonderen Erfolg	218
II. Praktische Prüfungsfolge	220
2. Kapitel: Die Schuld	221
§ 12: Der Schuldbegriff	221
I. Die Herkunft des Schuldbegriffs	221
II. Die Unterscheidung von Rechtswidrigkeit und Schuld	222
1. Die Grundlagen der Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld	222
2. Argumente für die Differenzierung zwischen Unrecht und Schuld	222
III. Die inhaltliche Bestimmung des Schuldbegriffs	224
1. Die psychologische Schuldlehre	224
2. Entstehenmüssen des Täters für seinen Charakter	224
3. Reduzierung des Schuldbegriffs auf general- oder spezialpräventive Aspekte: "Der soziale Schuldbegriff"	225
4. Normative Schuldlehren	226
IV. Die Schuldlehre der personalen Unrechtslehre	227
§ 13: Die einzelnen Entschuldigungsgründe	229
I. Reifemängel	229
II. Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störungen	229
1. Die psychologischen Faktoren	230
2. Die biologischen Faktoren	230
3. Nicht willensgetragenes Verhalten	231
4. Die actio libera in causa	231
III. Verminderte Schuldfähigkeit	236
IV. Der Verbotsirrtum	237
1. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach den bisher gesetzten Prämissen	237
2. Der Gegenstand des Verbotsirrtums nach h.M.	237
3. Grenzen der h.M.	238

§ 14: Verbote, unter Umständen bestehende Schuld vorzuwerfen	239
I. Entschuldigung und Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen	239
II. Die Regelungen im einzelnen	240
1. Der "Entschuldigende Notstand", § 35 StGB.....	240
2. Überschreitung der Notwehr, der sog. Notwehrexzeß, § 33 StGB.....	241
3. Der Gewissenskonflikt.....	244
4. Die Zumutbarkeit.....	245
3. Kapitel: Systematische Konsequenzen.....	247
§ 15: Irrtum im Bereich des Unrechtstatbestandes	247
I. Die Bedeutung der sog. Irrtumslehren	247
II. Die Irrtumslehren	248
1. Zur Einführung.....	248
2. Die Lösung der Irrtumsproblematik nach den im Unrechtstatbestand gesetzten Prämissen: Die modifizierte Vorsatztheorie	249
3. Die strenge und die eingeschränkte Vorsatztheorie	252
4. Die strenge Schuldtheorie.....	253
5. Die eingeschränkte Schuldtheorie	253
§ 16: Irrtum im Bereich der Schuld.....	258
I. Zur Einführung.....	258
II. Die Problemstellung.....	259
1. Irrtum über einen Entschuldigungsgrund im engeren Sinne.....	259
2. Irrtum über ein Verbot, u.U. bestehende Schuld vorzuwerfen.....	259
III. Konsequenzen	261
§ 17: Gegenüberstellung der verschiedenen Aufbauschemata des vollendeten Erfolgsdelikts	261
I. Einheitliches Aufbauschema für die verschiedenen Deliktsarten.....	261
II. Das vorsätzliche Begehungsdelikt nach dem finalen Aufbau der h.M.....	262
III. Das fahrlässige Begehungsdelikt (nach h.M.).....	263
IV. Das vorsätzliche/fahrlässige unechte Unterlassungsdelikt (nach h.M.)	264
V. Das Aufbauschema - ein Denkschema	264

3. Teil: Versuch und Rücktritt	266
§ 18: Der Versuch	266
I. Die Stufen der Straftat	266
1. Tatentschluß	266
2. Vorbereitungshandlungen	266
3. Der strafbare Versuch	266
4. Die Vollendung der Tat	267
5. Die Beendigung der Tat	267
II. Der Tatbestand des Versuchs	269
1. Die bestimmenden Elemente des Versuchs	269
2. Der vorbehaltlose (unbedingte) Tatentschluß	269
3. Die Abgrenzung der Vorbereitungshandlungen von der Versuchshandlung	270
III. Aufbauschema	275
IV. Besondere Problemstellungen	276
1. Das Fehlen des subjektiven Rechtfertigungselementes	276
2. Versuch mit dolus eventualis	278
3. Untauglicher, abergläubischer (irrealer) und grob unverständiger Versuch	279
4. Untauglicher Versuch und Wahndelikt	281
5. Versuch bei irriger Annahme einer Sonderpflichten- position	283
6. Der Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts	284
§ 19: Rücktritt vom Versuch	288
I. Die Intention des Gesetzgebers	288
1. Der Grundgedanke des § 24 StGB	288
2. Die Rechtsnatur des Rücktritts	288
II. Der Rücktritt des Alleintäters, § 24 Abs. 1	289
1. Unbeendeter, beendeter und fehlgeschlagener Versuch	289
2. § 24 Abs. 1 S. 1, 1. Alt.: Der Rücktritt vom unbeendeten Versuch	292
3. § 24 Abs. 1 S. 1, 2. Alt.: Der Rücktritt vom beendeten Versuch	295
4. § 24 Abs. 1 S. 2: Das ernsthafte Bemühen des Täters, die Vollendung der Tat zu verhindern	295
5. Einsatz Dritter bei der Erfolgsabwendung	296
III. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten: § 24 Abs. 2	296
1. Verhinderung der Tatvollendung: § 24 Abs. 2 S. 1	297

2. Freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, wenn die Tat nicht vollendet wird: § 24 Abs. 2.....	297
3. Tatvollendung ohne wirksamen Tatbeitrag der Zurücktretenden, § 24 Abs. 2 S. 2, 2. Alt.....	297
4. Rücktritt aufgrund von Willensübereinstimmung.....	298
IV. Rücktritt und Unterbrechung des Zurechnungs- zusammenhangs	299
V. Besondere Probleme des Rücktritts	299
1. Versuch und vollendetes Delikt	299
2. Rücktritt vom Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts	300
§ 20: Persönliche Strafausschließungs- und Strafaufhebungsgründe.....	301
1. Persönliche Strafausschließungsgründe.....	301
2. Persönliche Strafaufhebungsgründe	301
3. Fakultative Strafmilderung.....	302
4. Irrtum über einen Strafausschließungs- oder Strafaufhebungsgrund.....	302
4. Teil: Täterschaft und Teilnahme.....	303
§ 21: Täterschaft.....	303
I. Täterschaft als Positionsproblem.....	303
1. Die Unterscheidung zwischen Täterschaft und Teilnahme.....	303
2. Unterschiede in der Verantwortungszuweisung als Abgrenzungskriterium.....	304
II. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei den Begehungsdelikten	306
1. Die subjektive Theorie der Rechtsprechung.....	306
2. Die Tatherrschaftslehren.....	306
3. Stellungnahme.....	307
4. Tendenzen der Rechtsprechung.....	308
5. Zur Einübung.....	309
III. Die Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme bei den Unterlassungsdelikten	312
1. Die soziale Verantwortungsposition Unterlassender	313
2. Die Konkurrenz der Rechtsgutsverletzung durch aktives Tun und pflichtwidriges Unterlassen	313
IV. Die einzelnen Tätertypen.....	315
1. Der unmittelbare Täter	315
2. Der Mittäter	316
3. Der mittelbare Täter.....	319

4. Selbstschädigung nicht frei verantwortlich Handelnder und Verantwortung Dritter	325
V. Besondere Problemstellungen innerhalb der Täterlehre	327
1. Der Täter eines eigenhändigen Delikts.....	327
2. Der Täter eines Sonderdelikts.....	327
3. Mittelbare Täterschaft durch Unterlassen	328
4. Der Täter eines Fahrlässigkeitsdelikts	328
5. Versuch bei Mittäterschaft und mittelbarer Täterschaft.....	329
6. Haftung des Mittäters nach erfolglosem Rücktritt vom Versuch.....	330
VI. Hinweise zum Deliktsaufbau	323
§ 22: Teilnahme	335
I. Die Akzessorität der Teilnahme	335
1. Der Grundsatz der limitierten Akzessorität.....	335
2. Der Strafgrund der Teilnahme.....	335
3. Durchbrechungen des Akzessoritätsgrundsatzes.....	338
II. Voraussetzungen der Anstiftung	340
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat (Haupttat).....	340
2. Das Bestimmen des Haupttäters.....	341
3. Der Vorsatz des Anstifters.....	344
4. Anstiftung durch unzulässigen Lockspitzeinsatz	346
III. Voraussetzungen der Beihilfe.....	347
1. Die vorsätzlich begangene rechtswidrige Tat.....	347
2. Hilfe leisten	347
3. Der Vorsatz des Gehilfen.....	350
4. Beihilfe zum untauglichen, nicht zu einer konkreten Rechts- gutsgefährdung führenden Versuch des Haupttäters.....	350
5. Der Zeitpunkt der Hilfeleistung	350
IV. Die sog. notwendige Teilnahme	351
V. Teilnahme am erfolgsqualifizierten Delikt	352
VI. Der Versuch der Beteiligung, §§ 30, 31 StGB.....	352
1. Der Verbrechenscharakter der künftigen Tat.....	352
2. Die einzelnen Tathandlungen.....	352
3. Der Rücktritt vom Versuch der Beteiligung, § 31 StGB.....	355
VII. Handeln für einen anderen (Organ- oder Vertreterhaftung), § 14 StGB.....	355
VIII. Aufbauhinweise	356

5. Teil: Konkurrenzen und Wahlfeststellung.....	358
§ 23: Konkurrenzen.....	358
I. Tatmehrheit- Realkonkurrenz - § 53 StGB.....	358
II. Tateinheit - Idealkonkurrenz - § 52 StGB.....	359
1. Grundsituation.....	359
2. Natürliche Handlungseinheit.....	360
3. Fortsetzungszusammenhang.....	362
4. Handlungseinheit durch "Klammerwirkung einer Straftat"	363
III. Sog. Gesetzeskonkurrenz.....	365
1. Spezialität.....	365
2. Konsumtion	366
3. Subsidiarität.....	366
§ 24: Wahlfeststellung.....	367
I. Anwendbarkeit des Grundsatzes "in dubio pro reo".....	367
II. Die Wahlfeststellung	369
1. Die Situation der Wahlfeststellung.....	369
2. Die einzelnen Kriterien der Wahlfeststellung.....	369
3. Die Wahlfeststellung in der Praxis.....	370
4. Sog. Sachverhaltsalternativität.....	371
Register.....	372